

Newsletter

Gegen Rechtsextremismus

.....
Ausgabe vom 2011

Dies ist die 22. Ausgabe unseres Newsletters gegen Rechtsextremismus.
In unregelmäßigen Abständen möchten wir Sie hiermit über unsere Initiativen, Positionen und Termine auf dem Laufenden halten und zeitnah informieren, was in Berlin passiert.
Wenn Sie diesen Newsletter nicht mehr erhalten möchten, können Sie ihn mit dem unten stehenden Link abbestellen.

Über Ihr Interesse freut sich und auf Ihre Unterstützung hofft
Clara Herrmann (Sprecherin für Strategien gegen Rechtsextremismus).

Redaktion des Newsletters und Ansprechpartnerin für Nachfragen, Anregungen, Kritik oder technische Probleme: Carla Hustedt, buero.herrmann@gruene-fraktion-berlin.de

[Bestellen oder abbestellen können Sie den Newsletter hier](#)

INHALT

[Keine Extremismusklausel in Berlin!](#)
[Ein Jahr Extremismusklausel und ihre Folgen](#)
[Tromsø vs. Tromsø](#)
[Keine Nazis in den Parlamenten!](#)
[Alles Kriminelle und Terroristen oder was?](#)
[In eigener Sache](#)
[Wowereit lässt Rot-Grün platzen](#)
[Termine](#)
[Presse](#)
[Kleine Anfragen](#)

Keine Extremismusklausel in Berlin!

Die CDU will jetzt offenbar auf Berliner Ebene eine Extremismusklausel einführen, nachdem es Rot-Schwarz im Bezirk Mitte vorgemacht hat. Vereine, Organisationen und Personen, die nicht bereit sind, ihre Verfassungstreue schriftlich zu belegen, sollen künftig keine Fördergelder mehr erhalten.

Die Extremismusklausel ist ein fauler Kuhhandel, damit die CDU der Ernennung von Hansen als neuem Polizeipräsidenten zustimmt. Und sie ist ein fataler Schritt für die zivilgesellschaftlichen Initiativen. Die Klausel stellt die Bündnisse und Initiativen unter Generalverdacht, ruft indirekt zur gegenseitigen Bespitzelung auf und schafft so ein Klima des Misstrauens.

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen fordert, dass SPD und CDU die Extremismusklausel in Berlin auch weiterhin nicht umsetzen und sich auf

Bundesebene für die Abschaffung der Klausel einsetzen. Mit antidemokratischen Methoden lässt sich keine erfolgreiche Demokratietarbeit machen!

Weitere Informationen finden Sie im taz Artikel [„Extreme Mitte. CDU setzt in Mitte Extremismusklausel durch“ vom 19.10.2011](#) und im Artikel der Berliner Zeitung [„CDU lässt sich auf ein Kuhhandel ein. Neuer Polizeipräsident“ vom 20.10.2011.](#)

[zurück](#)

Ein Jahr Extremismusklausel und ihre Folgen

Kontrolle, Misstrauen und die Verstaatlichung zivilgesellschaftlicher Aufgaben

So lautet das Motto der Pressekonferenz zu der die Bundesarbeitsgemeinschaft Demokratieentwicklung (BAGD) am 06. Oktober in Berlin einlud und auf der Betroffene Initiativen aus Berlin und Sachsen erläuterten und analysierten, was die Klausel für die Arbeit des letzten Jahres bedeutet hat, was dagegen unternommen wurde und welche Schritte geplant sind.

Ein Jahr ist es nun her, dass Bundesfamilienministerin Kristina Schröder die Extremismusklausel, eine deutliche Einschränkung für die staatliche Förderung des Engagements gegen Rechtsextremismus, ankündigte. Eine Einschränkung mit weitreichenden Folgen.

Denn seitdem ist die staatliche Förderung der Initiativen und Bündnisse, die sich im Kampf gegen Rechts engagieren, an undemokratische Bedingungen geknüpft: Die EmpfängerInnen von Bundesmitteln müssen die, zu Recht umstrittene, Extremismusklausel unterschreiben damit sie auch weiterhin Fördermittel erhalten.

Wer nicht unterschreibt, erhält kein Geld und macht sich aus Sicht der Bundesregierung politisch verdächtig

Die Klausel stellt diese Bündnisse und Initiativen unter Generalverdacht, ruft indirekt zur gegenseitigen Bespitzelung auf und schafft so ein Klima des Misstrauens. Der Staat nimmt sich heraus zu definieren was demokratisch und was „extemistisch“ und somit illegitim ist und gefährdet die Arbeit vieler, die sich für Toleranz und gegen Rechtsextremismus einsetzen.

Mit antidemokratischen Methoden lässt sich keine erfolgreiche Demokratietarbeit machen!

Weitere Informationen finden auf der Kampagnenwebsite [„Demokratie braucht uns“](#)

[zurück](#)

Tromsø vs. Tromsø

Kammergericht entscheidet über den letzten Thor-Steinar Laden in Berlin!

Am Donnerstag, den 22. September war es endlich soweit: Das Berliner Kammergericht entschied über die Räumung des Thor-Steinar-Laden „Tromsø“ in Friedrichshain.

Das Mietverhältnis endet am 31.1.2015, danach wird es keine Verlängerung geben. Der Laden muss seinen Namen ändern und der neue Name darf keine skandinavische Stadt oder Vornamen enthalten.

Aus Protest gegen den missbrauch des Städtenamens spielte einen Tag darauf eine Band aus der Stadt Tromsø vor dem Thor Steinar-Geschäft.

Aber: Der Gerichtsentscheid ist leider sehr unbefriedigend. Der Laden darf weitere 3,5 Jahre in Friedrichshain bestehen bleiben. Auch wenn eine Verlängerungsoption, die im Mietvertrag enthalten war, wegfällt, ist die erhoffte sofortige Schließung ausgeblieben. Auch die Namensänderung ist nur wenig tröstlich, schließlich ändert sich am Inhalt nichts.

Wir stellen uns jeder Form von rechtsradikalem Gedankengut und seiner Verbreitung entschieden entgegen. Die Zivilgesellschaft darf nicht nachlassen sich gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Menschenfeindlichkeit zu wehren egal wo und in welchem Gewand sie auftritt.

Clara Herrmanns Artikel „Tromsø vs. Tromsø“ im Störungsmelder finden Sie [hier](#).

[zurück](#)

Keine Nazis in den Parlamenten!

**Dank breitem Engagement gegen Rechts: Stimmverlust für NPD
ABER erstmaliges Antreten der Rechtspopulisten**

Auch zu dieser Berliner Abgeordnetenhauswahl stand die rechtsextreme Partei NPD wieder auf den Stimmzetteln.

Und natürlich haben sie im voraus auch diesmal wieder fleißig plakatiert um ihre menschenverachtende und rassistischen Forderungen unter die Leute zu bringen. Nichteinmal davor, ein Plakat mit der Aufschrift „Gas geben“ (Es zeigt den NPD Parteichef Udo Voigt auf dem Motorrad) vor dem Jüdischen Museum aufzuhängen, schreckten die Nazis zurück.

Aus juristischen Gründen der Meinungsfreiheit haben die Bezirke jedoch nicht die Möglichkeit Plakate rechter Parteien zu verbieten.

Anscheinend hat die NPD ein etwas verzerrtes Bild vom Wahlkampf, denn neben der unmöglichen Plakataktion kam es während der Wahlkampfzeit auch vermehrt zu gewalttätigen Übergriffen, Pöbeleien und Anfeindungen von Seiten der Rechtsextremen.

Aber: Die Berliner BürgerInnen haben wieder gezeigt, dass sie keine Nazis im Berliner Abgeordnetenhaus sehen wollen. Mit 2,1% ist die NPD weit von einem Einzug ins Parlament entfernt und hat im Vergleich zur Wahl 2006 sogar an Stimmen verloren. Auch in den Bezirken haben sie ein schlechteres Ergebnis zu verzeichnen: Sie sind nur noch in drei Bezirksverordnetenversammlungen (BVV) vertreten. 2006 waren es noch 4. In Neukölln ist es ab jetzt zum Glück vorbei mit der braunen Fraktion in der BVV.

Neben der NPD traten diesmal auch die rechtspopulistischen Parteien „Pro Deutschland“ und „Die Freiheit“ zur Wahl an.

Den Rechtspopulisten ist es zum Glück nicht gelungen mit ihrem islamfeindlichen Parolen Stimmung zu machen. Beide Parteien blieben weit unter 2%.

Das schlechte Abschneiden der rechten Parteien ist auch dem Engagement zahlreicher Bündnisse gegen Rechts zu verdanken, die nicht nur vor der Wahl, sondern immer gegen menschenfeindliche, rassistische und rechtspopulistische Meinungen vorgehen und starke Aufklärungsarbeit leisten.

Außerdem wurde durch alle, im Abgeordnetenhaus vertretenen Parteien durch den, am 28.Juni unterzeichneten „Konsens gegen Rechts“ ein starkes demokratisches Zeichen gesetzt und deutlich gemacht, dass sie gemeinsam gegen Rassismus, Populismus und Rechtsextremismus Gesicht zeigen.

Doch 2,1% für die NPD sind noch 2,1% zu viel und in Treptow Köpenick, Marzahn-Hellersdorf und Lichtenberg sind die Rechtsextremisten mit je 2 Verordneten in der BVV vertreten.

Hinzu kommt, dass Rechtspopulisten und Nazis gemeinsam 4,2% erzielt haben (NPD 2,1%; Pro Deutschland 1,2%; Die Freiheit 1%). Das ist zeigt:

Der Kampf gegen Nazis, Rechtspopulisten und Rassisten und für ein tolerantes und weltoffenes Berlin muss weitergehen!

Clara Herrmanns Artikel im Störungsmelder zum Berliner Konsens finden Sie [hier](#).

Clara Herrmanns Kommentar „Keine Stimme für Rechtsextremisten und Rechtspopulisten“ auf der Seite „Mut gegen Rechte Gewalt“ finden Sie [hier](#).

[zurück](#)

Alles Kriminelle und Terroristen oder was?

Nein, alles TheaterschauspielerInnen und RegisseurInnen!

Vorurteile und Rassismus - besonders Jugendliche mit Migrationshintergrund werden fast täglich damit konfrontiert. Selbst im multikulturellen Berlin hat sich in vielen Köpfen, auch durch die durch Sarrazins Buch „Deutschland schafft sich ab“ angeregte Debatte, ein ganz bestimmtes Bild verfestigt: jung, männlich, ungebildet, gewalttätig bis hin zu potentieller Terrorist.

Besonders durch die islamfeindliche Politik der rechtspopulistischen Parteien Pro Deutschland und die Freiheit werden diese Vorurteile und Rassismen noch verstärkt und ein muslimisches Feindbild zu kreieren versucht.

Das Jugendtheaterbüro Berlin der Initiative „GRENZEN-LOS!“ hat sich auch als Ziel gesetzt, diese Vorurteile zu bekämpfen und den trennende Ideologien wie Rassismus, Fremdenfeindlichkeit, Islamophobie und Antisemitismus etwas entgegenzusetzen:

Theater- und zwar nicht irgendeines!

In dem Projekt engagieren sich Jugendliche im Alter von 14 bis 22 Jahren in prekären Lebenslagen und überwiegend mit Migrationshintergrund. Sie kreieren

gemeinsam Stücke zu politischen und sozialen Themen, die die Jugendlichen persönlich betreffen. Schlagworte wie „Zugang“, „Brennpunkte“, „Liebe und Hass“ und „Identität“ fallen in ihren Stücken, die auf Jugendfestivals und politischen Kulturveranstaltungen vorgeführt werden.

So fördert das Projekt den Zugangs benachteiligter Jugendlicher zu Kunst und Kultur. Zusätzlich bieten sie berufsorientierende und berufsvorbereitende Maßnahmen für die Jugendlichen an.

In ihrem Stück „Türken Sam!“ setzen sie sich unter Einbringung eigener Erfahrungen mit dem Thema Bildung sowie Diskriminierung/Rassismus in Deutschland auseinander. Beispielhaft auf ihre ganz eigene Art zeigen sie so gravierende Konflikte in der deutschen Gesellschaft auf.

Die Jugendlichen aus dem Jugendtheaterbüro interessieren für das, was in ihrer Stadt passiert.

Sie haben eine klare Meinung dazu und diese zeigen sie auch!

Dieses Wochenende veranstalten sie das Festival „Yalla Yalla Festivalla!“. Weitere Infos zu dem Festival finden Sie unter [Termine](#) oder auf der Homepage des Projekts [hier](#).

[zurück](#)

In eigener Sache

Die Konstituierende Plenarsitzung findet am 27. Oktober ab 11 Uhr im Abgeordnetenhaus statt. Damit endet die 16. und es beginnt die 17. Wahlperiode. Die neue Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen besteht aus 29 Abgeordneten, auch Clara Herrmann ist Mitglied des neugewählten Abgeordnetenhauses. Die genaue Themen- und Ausschusszuständigkeit erfolgt in den nächsten Wochen.

[zurück](#)

Wowereit lässt Rot-Grün platzen

Die Wahlen sind vorbei.

Mit dem Wahlergebnis wäre Rot-Grün möglich gewesen, wenn auch mit knapper Mehrheit. Rot-Grün war die Wunschkoalition der BerlinerInnen.

In den Rot-Grünen Sondierungen wurde ein Kompromiss zum Streitthema A100 gefunden. Dieser wurde von Seiten der SPD in Frage gestellt und immer wieder neu zur Diskussion gestellt. Schließlich hat Klaus Wowereit Rot-Grün nicht gewollt und koalitiert lieber mit der CDU.

Festzuhalten ist: Wir waren bereit einen Kompromiss bei der Frage A100 einzugehen, da es in den meisten Themen große Überschneidungen zwischen SPD und Grünen Positionen gibt.

Die Pressemitteilungen „Wowereit lässt Rot-Grün platzen“ unserer Landesvorsitzenden Bettina Jarasch und Daniel Wesener finden Sie [hier](#).

[zurück](#)

Presse

[Parteien für Einheit gegen Rechtsextreme](#) erschienen am 29.06.2011 im Tagesspiegel

[Geheim gehalten und versperrt](#) erschienen am 11.09.2011 in der taz

[Kritik an Polizeipräsidentin nach Nazikundgebung am Alex](#) erschienen am 12.09.2011 im Tagesspiegel

[Rechtsextreme NPD bekommt mehr Stimmen als FDP](#) erschienen am 18.09.2011 in der welt-online

[Wahlen in Berlin: Rechtsaußen Parteien müssen Niederlage einstecken](#) erschienen am 20.09.2011 in Mut gegen Rechte Gewalt

[zurück](#)

Termine

[Yalla Yalla FESTIWALLA](#)

Das Jugendtheaterbüro Berlin in Moabit (Initiative Grenzenlos! e.V.) veranstaltet im Haus der Kulturen der Welt ein viertägiges Jugendtheater-Festival mit insgesamt 45 Veranstaltungen wie Theateraufführungen, politische Diskussionen, Arbeitsworkshops, Filmvorführungen,... Das Thema des Festivals lautet: ZUGANG Kultür auf! Es dreht sich also alles um den Kampf für mehr ZUGANGSrechte von Jugendlichen in die etablierten Kulturbetriebe sowie zu künstlerischen und kreativen Ausbildungsmöglichkeiten!

Organisiert wurde das Ganze von den Jugendlichen des Jugendtheaterbüros (die meisten mit Migrationshintergrund) im Alter von 14 – 22 Jahren.

20.–22.Oktober 2011 | 10-22 Uhr

Haus der Kulturen der Welt, John-Foster-Dulles-Allee 10, 10557 Berlin

Weitere Infos zu der Veranstaltung finden Sie [hier](#).

[Bundesparteitag von Bündnis 90/Die Grünen in Kiel u.a. mit dem Thema Anti-Rechts](#)

Der Parteitag wird es insbesondere mit den Themenblöcken Finanzen und Demokratie befassen. Im Themenblock Demokratie wird es eine Debatte zum Antrag des Bundesvorstandes „Gefahr für die Demokratie von Rechts“ geben.

Den Antrag D-03 „Mehr Demokratie ist die Lösung“ finden Sie [hier](#).

Eine Übersicht der Anträge findet sich [hier](#).

25.- 27. November 2011

Sparkassenarena Kiel

Weitere Infos zum Parteitag finden Sie [hier](#).

Bund-Länder-Treffen Rechtsextremismus

Das Bund-Länder-Treffen Rechtsextremismus tagt diesmal zum Thema „**Lokale Verankerung der NPD und Grüne Gegenstrategien**“. Alle interessierten Bündnisgrünen sind wie immer herzlich eingeladen, an dem Treffen teilzunehmen und ihre Ansichten, Ideen oder Wünsche einzubringen!

12.Dezember 2011 | 12:30-16:00 Uhr

Deutscher Bundestag, Jakob-Kaiser-Haus, Raum E 733

[zurück](#)

Kleine Anfragen

Rechte Kulturveranstaltung in Berliner Jugendeinrichtung? 26.Mai 2011

[zurück](#)

[zurück](#)

Herausgegeben von der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen im Abgeordnetenhaus von Berlin

Besuchen Sie uns im Internet: www.gruene-fraktion-berlin.de